

Berg & Tal

SPD KÖNIGSWINTER
April 2022



Inhalt dieser

Ausgabe

Die Finanzen der Stadt, S.3

Ihre Wahl am 15. Mai, S.4-5

Die Rathaus-Frage, S.7

**Ihre Landtagskandidatin:
Dr. Charlotte Echterhoff**

Für euch gewinnen wir das Morgen.



Editorial

Die Corona-Pandemie, die Hochwasserkatastrophe an der Ahr und jetzt auch noch Krieg in Europa – jeweils mit furchtbaren Folgen für unser Land, aber auch für uns in Königswinter. Es scheint, wir schlittern aktuell von der einen Krise in die nächste. Neben all dem damit

verbundenen Leid, haben diese Krisen auch gezeigt: Die Solidarität und die Stadtgesellschaft sind bei uns stark. Die vielen Hilfsangebote, ob Nachbarschaftshilfen, Helfertransporte an die Ahr oder auch die Friedenskundgebungen, die vielen Spendensammlungen und mittlerweile auch Flüchtlingsaufnahmen in Königswinter zeigen, dass wir eine Stadt sind, in der die Menschen füreinander und für andere eintreten.

All das betrifft auch uns als Politiker vor Ort bzw. SPD hier in Königswinter – neben den „normalen“ Aufgaben der Kommunalpolitik. Was haben wir hier in Königswinter in unserer Koalition gemeinsam mit der Königswinterer Wählerinitiative und den Grünen in diesem Jahr vor? Wie steht es um unsere Rathäuser? Wird es bei uns in der Region bald wieder eine Geburtenstation geben? Diese und weitere Themen wie die im Mai bevorstehende Landtagswahl wollen wir in unserer neuen Ausgabe von „Berg & Tal“ aufgreifen. Viel Spaß beim Lesen!

Ihr Nils Suchetzki
Vorsitzender SPD Königswinter

Seit dem 24.02.2022 hat sich das Leben in Europa für Millionen von Menschen verändert.

Vor allem aber für die Menschen in der Ukraine ist spätestens seit diesem Tag kein Tag mehr wie der andere. Der russische Angriffskrieg von Wladimir Putin gegen einen souveränen Staat, die Ukraine, ist laut Experten der größte kriegerische Konflikt auf dem europäischen Kontinent seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Angesichts der dramatischen Situation rief Nils Suchetzki als Vorsitzender der SPD-Königswinter zu einer überparteilichen und überkonfessionellen Kundgebung auf.

Dieser Aufruf fand schnell Unterstützung durch Bündnis 90/Die Grünen, die Königswinterer Wählerinitiative, CDU und FDP, die katholischen und evangelischen Kirchengemeinden und den Alevitischen Kultur- und Solidaritätsverein Siebengebirge e.V.

Nils Suchetzki richtete sich auf dem Rathausplatz in der Altstadt an über 500 Teilnehmende und stellte fest, dass die Kundgebung „zwar ein deutliches und gutes Zeichen der Solidarität ist nicht aber mutig, denn mutig sind diejenigen, die für die Freiheit der Ukraine kämpfen, und die Menschen, die in Russland gegen den Krieg auf die Straße gehen, und dabei mit Verhaftung und Gewalt rechnen müssen“.

Der katholische Pfarrer, Markus Hoitz, sprach von „Wut und Unverständnis und Angst vor weiterer Eskalation“. Dabei ergänzte er mit Blick auf die vielen Teilnehmenden der Kundgebung, dass dieses Zeichen der Solidarität „ihm ein klein wenig die Angst nehme“.

Lutz Wagner, Bürgermeister der Stadt Königswinter, sicherte in seiner Rede allen geflüchteten Menschen aus der Ukraine vollste Unterstützung zu und bat gleichzeitig die Königswinter Bürgerinnen und Bürger, Unter-

stützungsangebote an die Stadtverwaltung mitzuteilen. „Wir werden diesen geflüchteten Menschen unsere Solidarität auch dann konkret zeigen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass wir Menschen aus der Ukraine, die zu uns kommen, hier in Königswinter mit offenen Armen empfangen. Dort, wo unsere städtischen Kapazitäten und Ressourcen nicht ausreichen, setzen wir auf das Engagement der Menschen in unserer Stadt. Dazu gehört dann bei Bedarf auch die Bereitschaft, freien Wohnraum zur Verfügung zu stellen“.



Ukraine-Kundgebung

Bürgerinnen und Bürger, die Unterstützung (Wohnraum, Dolmetscherdienste, ehrenamtliche Angebote) anbieten wollen, können diese per Mail an die Stadtverwaltung (hilfe.ukraine@koenigswinter.de) oder unter den üblichen Sprechzeiten der Stadtverwaltung telefonisch unter 02244/889-5055 mitteilen.

Nachlese Haushalt 2022

Unter Führung der Koalition aus KöWi, SPD und GRÜNE wurde im Februar der zweite Haushalt verabschiedet. Für uns gilt, Königswinter ist eine bunte, lebenswerte Stadt und soll es auch in Zukunft bleiben.

Für uns ist klar, dass sich die Stadt den drängenden Herausforderungen der Zeit stellen muss:

- demografischer Wandel & Alterung in der Gesellschaft,
- Verkehrswende, Klimawandel und Klimaschutz,
- Tempo bei der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung und in den Schulen.

Die immer noch andauernde Pandemie fordert den Einzelnen und die Wirtschaft, die Kommunen stemmen höhere Ausgaben bei geringeren Einnahmen. Dies führt voraussichtlich bis 2025 zu rund 20 Mio. € zusätzlichem Defizit in Königswinter. Neu hinzu kommen die noch nicht abschätzbaren Auswirkungen des Ukrainekriegs. Probleme auszusitzen mit dem Ziel, Personal bei der Stadt einzusparen und Kosten zu verschieben, ist für uns kein probates Mittel dem zu begehen.

Ein ausgeglichener Haushalt steht für uns im Fokus und die weitere ungebremschte Eigenkapitalabschmelzung der Stadt darf sich nicht fortführen. In Königswinter wurden in den Jahren 2010-2021 schon rund 40 Millionen Euro Schulden angehäuft, die den nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden. Der Rat hat strukturell und nachhaltig dafür zu sorgen, der Stadt die für die pflichtige Aufgabenerfüllung erforderlichen Einnahmen zu beschaffen. Die Haushaltssicherung klopft an die Tür, wir als SPD mit der Koalition wollen unter allen Umständen verhindern, dass der Regierungspräsident und nicht mehr der Stadtrat das Budgetrecht in Königswinter ausübt.

Somit ist der SPD nicht leichtgefallen, den Hebesatz bei der Grundsteuer B zu erhöhen. Auch wenn es für machen EigentümerInnen und MieterInnen zur Unzeit Mehrausgaben bedeutet, haben wir keine andere Wahl, damit wir kein Defizit von nahezu 6 Mio. € in 2022 aufbauen. Trotz der Erhöhung bewegen wir uns aber immer noch in der unteren Hälfte beim Hebesatz der Städte im Rhein-Sieg Kreis.

Solidarisch und gerecht handeln ist und bleibt immer das Ziel der SPD. Wir werden nachhaltig, generationengerecht und finanzpolitisch verantwortlich handeln und wollen freiwillige Leistungen, die wir für gesellschaftspolitisch sinnvoll erachten, nicht streichen müssen. Das gilt für Freibad, Häuser der Jugend, Sportstätten, Zuschüsse an die Kitas, Kultur und auch Vereine.

Die CDU hat populistisch behauptet, man könne auf die Erhöhung der Grundsteuer verzichten. Das ginge nur bei massiven Kürzungen der freiwilligen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Für uns sind die CDU-Vorschläge Kürzung in der Personalausstattung bei den Schulen, Schwerpunktänderungen im Ordnungsamt zu Mehreinnahmen durch Knöllchen oder weiter massiv Schulen zu machen keine Option.



Dirk Lindemann

Fraktionsvorsitzender & Ratsmitglied für Heisterbacherrott

Wir stehen als SPD für eine ausreichende Finanzausstattung unserer Stadt als wichtigste Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung. Nur so kann Königswinter im Sinne seiner Bürger die Zukunft bewältigen:

- Aufholen bei der Digitalisierung der Verwaltung,
- Investieren, um den Rechtsanspruch aller Kinder auf einen OGS-Platz ab 2026 erfüllen zu können,
- Klimaschutz in allen Projekten mitdenken,
- die Verkehrswende in Angriff nehmen,
- Sanierung für ein klimafreundliches Freibad,
- Schaffen von neuen Sport- und Hallenkapazitäten.

Die Herausforderungen der nächsten Jahre verlangen große Kraftanstrengungen und wir können sie nur gemeinsam lösen. Wir heißen in dem Fall die im Rat vertretenen Parteien, der Bürgermeister und seine Verwaltung, die engagierte Stadtgesellschaft und vor allem jeder einzelne Bürger und Bürgerin in seinem und ihrem Umfeld.

„Die SPD Königswinter und die SPD-Fraktion im Stadtrat setzen sich weiter ein, für die Bürger und Bürgerinnen und für ein buntes Königswinter, in dem wir alle gerne leben.“

Interview mit Dr. Charlotte Echterhoff

Vor knapp zwei Jahren bist Du mit großer Mehrheit erstmals in den Stadtrat Sankt Augustin gewählt worden. Was bewegt Dich jetzt, für den Landtag in NRW zu kandidieren?

In den zwei Jahren habe ich erfahren, dass die Bewegungsfreiheit der Kommunen vielfach durch gesetzliche Vorgaben des Landes eingeschränkt ist. Gute Ideen auf der kommunalen Ebene scheitern daher zu oft. Deshalb sehe ich einen starken Zusammenhang zwischen dem Engagement vor Ort und im Land. Dazu kommt, dass ehrenamtliche Politik – neben dem Beruf und der Familie – gerade für Menschen mit Kindern einen sehr schwierigen Spagat bedeutet. Das würde sich mit einem Landtagsmandat ändern. Die hauptamtliche politische Arbeit schafft hier mehr Raum als das – unverzichtbare – ehrenamtliche Engagement. Ein langer Atem ist für Veränderungen im Land und in der Kommune notwendig.

Du bist beruflich im Bereich „Bildung“ unterwegs, was sind zurzeit Deine beruflichen Aufgaben?

Ich beschäftige mich hauptsächlich mit der Frage, auf welche Weise digitale Medien, digitale „Werkzeuge“, in der beruflichen Bildung eingesetzt werden können. Dafür betreuen wir im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung viele Förderprojekte. Wir unterstützen bei der Bildung von Netzwerken, bei der Entwicklung von neuen, digital gestützten Angeboten in der Weiterbildung und beim Transfer von Projektergebnissen. Ein weiteres Feld ist der Einsatz von IT im Rahmen der inklusiven beruflichen Bildung. Es ist schön zu sehen, wie mit bedarfsgerechten Angeboten digitale Medien zu Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt befähigen.

Welche Ziele steckst Du Dir für eine zukünftige Arbeit im Landtag NRW?

Ein Lehrer, der in Bad Honnef unterrichtet, hat mir neulich erzählt, dass Jugendliche zunehmend regelrecht Angst vor dem Fach Erdkunde haben, weil sie sich gegenüber den zukünftigen Entwicklungen – Klimawandel, Naturzerstörung – hilflos sehen. Daher halte ich den Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung für zentral: Ich würde gerne Formate für Schulen und Weiterbildungsinstitutionen entwickeln, die auf konkretes Handeln, auf Selbstwirksamkeit und entsprechende Aktivitäten ausgerichtet sind. Es geht nicht nur ums Wissen, es geht auch ums Handeln und um die Gewissheit, dass jede und jeder etwas zur Zukunft unseres Planeten beitragen kann. Bildungspolitisch ist die SPD in NRW wirklich gut aufgestellt, wir fordern eine Personaloffensive für mehr Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen, und bereiten die Ganztagsöffnung der Schulen vor. Worauf ich mich auch freue: Wenn die SPD regiert, werden wir die KiTa-Gebühren abschaffen – es ist doch ein Witz, dass dies in Rheinland-Pfalz schon lange umgesetzt ist, in NRW aber nicht – vor allem hier in meinem Wahlkreis! Wichtig ist mir beim Thema Bildung zudem, dass wir den jungen Menschen deutlich machen, dass das Studium nicht das Nonplusultra für jeden und jede

ist. Dazu müssen Ausbildungsberufe attraktiv gestaltet werden und Berufsabschlüsse auch gesellschaftlich eine größere Wertschätzung erhalten.

Wie sehen deine Positionen im Bereich Verkehrs- und Umweltpolitik aus?

Beim Thema Mobilität brauchen wir ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Schüler*innen und Auszubildenden. Durch Carsharing-Modelle und regelmäßige Shuttle-Dienste auch in den kleinen Ortschaften müssen wir gerade in ländlichen Bereichen den ÖPNV attraktiver gestalten – die E-Mobilität kann hier auf planbaren Strecken sehr effizient eingesetzt werden. Dazu benötigen die Kommunen finanzielle Unterstützung der Landesregierung. Königswinter braucht zudem eine fahrradtaugliche Anbindung des Bergbereichs – inklusive Ladestationen für E-Bikes. Handlungsbedarf sehe ich auch in der Klima- und Umweltpolitik: Ich unterstütze ausdrücklich das 2%-Ziel der Ampelregierung zum Ausbau der Windkraft. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, ein landesweites Programm für alle Kommunen aufzulegen: Jede Kommune kann eine*n Mitarbeiter*in einstellen, die/der dafür Sorge trägt, dass auf jedem Dach eine Solaranlage installiert wird. Alle formalen Schritte – inklusive einer Abwicklung der KfW-Förderanträge – werden von dieser Person erledigt. Ich bin sicher, die Energieleistung über Photovoltaik würde sich in kürzester Zeit vervielfachen.

Welche Rolle spielt die familiäre Situation – du hast zwei Kinder im Alter von 7 und 10 Jahren, dein Mann und du sind berufstätig – in deiner politischen Arbeit?

Manchmal ist es ganz schön hart, wenn meine Tochter mich fragt, wieso ich schon wieder „zu dieser SPD“ müsse und ihr keine Gute-Nacht-Geschichte vorlesen kann. Ich kann ihr aber zumeist recht gut erklären, dass ich das auch für sie tue, weil der Zebrastreifen und der sichere Radweg nicht kommen, wenn wir uns nicht dafür einsetzen. Insgesamt bin ich der Ansicht, dass wir einen neuen Arbeitsbegriff brauchen: Die Arbeit in der Familie – ob Kinderbetreuung oder Altenpflege – und die ehrenamtliche Arbeit müssen anerkannt werden. Das würde die Vereinbarkeit dieser drei Bereiche – Familie, Beruf, gesellschaftliches Engagement – erheblich verbessern.



Dr. Charlotte Echterhoff

So wollen wir aus Hoffnungen Wirklichkeiten machen: Das Regierungsprogramm der SPD für ein „NRW von morgen“

Wir wollen aus den Hoffnungen der Menschen Wirklichkeiten machen, mit unserem Regierungsprogramm «Unser Land von morgen». Das ganze Programm ist unter nrwspd.de/wahlprogramm abrufbar. Hier finden Sie drei Themen:

Zusammen aufwachsen in NRW – Starke Familien und ein gerechtes Bildungssystem für unsere Kinder und Jugendlichen

Die SPD wird im NRW von morgen:

- echte Chancengleichheit herstellen und die Bildung gebührenfrei machen: von der Kita bis zum Meister-Titel.
- 1.000 Schulen in besonders herausfordernden Gegenden gezielt fördern: mit neuen Gebäuden, technischer Ausstattung und mehr Personal.
- allen Lehrkräften den gleichen Lohn beim Einstiegsgehalt zahlen, das heißt: A13 an allen Schulen.
- Familien besser unterstützen: mit Familienzentren an Schulen, einem Bildungslotsen für jedes Kind, einem kostenlosen Bücherausweis für alle Schüler*innen und einem kostenlosen Schüler*innen-Ticket.

Wir schaffen moderne Mobilität: Verlässlich, bezahlbar, ökologisch

Die SPD wird im NRW von morgen:

- die Elektrifizierung und Reaktivierung von Bahnstrecken weiter vorantreiben, das vorhandene Streckennetz ausweiten sowie eine vermehrte Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und die Binnenwasserstraßen bewirken.
- Radwegenetze im Land ausbauen und eine Stabsstelle Nahmobilität direkt beim Landesverkehrsministerium schaffen.
- Die Ertüchtigung unserer Straßen und Brücken mit allen in der Zuständigkeit des Landes liegenden Mitteln mitvorantreiben.
- ein kostenfreies Ticket für Schulkinder im ÖPNV einführen, die Kosten für das Azubi-Ticket reduzieren und die Zuschüsse des Landes zum Sozialticket erhöhen.

Gutes und bezahlbares Wohnen für alle

Die SPD wird im NRW von morgen:

- 100.000 neue Wohnungen im Jahr bauen, von denen 25.000 Sozialwohnungen sein werden.
- den Schutz der Mieterinnen und Mieter ausbauen und Kommunen in angespannten Wohnungsmärkten mehr Handlungsmöglichkeiten geben.
- die teuren Straßenausbaubeiträge für Anwohnerinnen und Anwohner abschaffen.
- ein Programm „1.000 Spielplätze für NRW“ auflegen.

Thomas Kutschaty:

„Ich will das Bessere möglich machen“



Ich komme aus Borbeck im Essener Norden und stamme aus einer Eisenbahnerfamilie. Ich bin stolz auf meinen Eltern. Sie haben sich den Aufstieg hart erarbeitet. Das Größte für mich als Kind war unser Umzug von der Hausnummer 256 in die 250: Mussten wir zuvor im Dachgeschoss auf engstem Raum auskommen, bekam ich jetzt endlich mein eigenes Zimmer. Das war neuer Luxus – ein Luxus, den die SPD durch den Bau von 100.000 neuen Wohnungen in jedem Jahr auch heute für alle möglich machen will.

Als erster in der Familie konnte ich Abitur machen und eine Universität besuchen. Das war möglich, weil Aufstieg durch Bildung damals für jeden möglich war. Ich will, dass wir überall in NRW Bildungsgerechtigkeit schaffen und Chancengleichheit durch gebührenfreie Bildung jedem Kind ermöglichen – von der Kita bis zum Berufsabschluss.

Eisenbahnviertel, Eltern, Freunde, Schule, Familie, Beruf – ich bin dankbar für das, was passiert ist. Mein Anspruch: Gute Politik machen für die Menschen, die heute in ähnlicher Situation und vor gleichen Herausforderungen stehen. In NRW gibt es Millionen Menschen mit großen Hoffnungen: Hoffnungen für die eigene Familien, auf gute Arbeit, auf Gesundheit und soziale Sicherheit. Hoffnungen auf eine gute Zukunft für die eigenen Kindern, ohne Umweltzerstörung und Krieg, frei von Diskriminierung und reich an erfüllten Träumen. Ich trete bei den Landtagswahlen an um Ministerpräsident zu werden, damit aus diesen Hoffnungen Wirklichkeiten werden.

Ihr Thomas Kutschaty

Neues Vertrauen in den demokratischen Staat

Zur „Spaltung der Gesellschaft angesichts Corona“

Angesichts jüngst zunehmender – zu Teilen leider gewaltsamer – Proteste gegen die Corona-Politik wird häufig von der Gefahr einer drohenden „Spaltung der Gesellschaft“ gesprochen. Der Eindruck verstärkt sich dadurch, dass entlang einer Welle der Empörung nahezu regelmäßig solche Spaltungen in Medienberichterstattungen dargestellt werden – sei es angesichts der Zuwanderung von geflüchteten Menschen oder durch die großen Herausforderungen einer Wirtschafts- und Finanzkrise.

Regelmäßig wird in den Medien und im politischen Raum die Frage aufgeworfen: „Wie gespalten ist die Gesellschaft?“ Diese Frage ist nicht trivial zu beantworten. Es ist zum einen eine Frage der Wahrnehmung, was in der medialen Berichterstattung überhaupt Widerhall findet. So erhalten in den Montagabend Nachrichten mehrere zehntausend gegen Corona-Maßnahmen protestierende erkennbar mehr Raum als die vielen hunderttausend Menschen, die sich am selben Tag haben impfen lassen. Zum anderen birgt die mediale Schere das Risiko unüberschaubarer Informationsquellen. In sogenannten sozialen Netzwerken ist es vor dem Hintergrund zunehmender Desinformationskampagnen schwierig, eine realistische Einschätzung zu einem Sachverhalt zu bekommen. Kommuniziere ich hier wirklich mit einer besorgten „Person“? Oder ist es ein Social Bot, der reflexmäßig auf bestimmten Kanälen Phrasen der Spaltung und der Radikalen wiederholt? Das ist nicht zu unterschätzen, weil die gefühlte Wahrnehmung auch hier sehr schnell dazu verleitet, ein Problem größer zu zeichnen, als es ist. Vergessen wir nicht: Die „drohende Spaltung der Gesellschaft“ ist eine Formulierung, die in vielen Argumentation von Coronaleugner:innen wortgleich behauptet wird. Wir dürfen diese Erzählung nicht einfach übernehmen und damit zur Erosion der Demokratie beitragen, müssen uns dieser Frage aber trotzdem ernsthaft stellen. Die Näherung an eine „Spaltung der Gesellschaft“ kann auch jenseits einer kurzfristigen, medialen Aufregungskurve erfolgen: Sie ist zu erkennen an der Verteilung von Einkommen, Vermögen oder Bildungschancen – all dies sind konkrete Ansatzpunkte einer sozialdemokratischen Arbeitnehmer:innen- oder Bildungspolitik.

Der weit überwiegende Teil der Menschen in unserem demokratischen Rechtsstaat ist friedlich und solida-

risch, doch ein nicht zu unterschätzender Teil radikalisiert sich immer weiter in Wort und Tat. Es gibt auch mir als Innenpolitiker zu denken, dass der Verfassungsschutz den neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ definiert hat, um neue Muster extremistischer Bestrebungen zu identifizieren und adäquat einzuordnen.

Ob es eine Spaltung der Gesellschaft gibt, ist also nicht an der Wirkung festzustellen, sondern an der Ursache. Konkret. Die Wirkung Protest, Reaktion und Aktion sind nur ein Merkmal, aber noch nicht der Beleg als solcher. Dafür muss der Blick tiefer gehen – und auf die Frage des Vertrauens in der Gesellschaft gerichtet werden. Der jüngst wiedergewählte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat eine Vertrauenskrise entlang der Corona-Pandemie anschaulich in seiner Fernsehansprache vor gut einem Jahr am 3. April 2021 thematisiert: Vertrauen beruhe „auf einer sehr fragilen Übereinkunft zwischen den Bürgern und ihrem Staat: Du, Staat, tust deinen Teil; ich Bürger tue meinen“. In einem immer wieder verlängerten Lockdown wuchs der Frust. Es gab Fehler beim Testen, beim Impfen, in der Kommunikation. All dies ist geeignet, Vertrauen in staatliche Institutionen zu untergraben. Nicht missverstehen: Die Kommunikation, die sich 16 Länderregierungen und eine Bundesregierung geleistet haben, ist demokratisch legitimiert gewesen, war aber deutlich erkennbar kein Glanzstück politischer Arbeit.

Sebastian Hartmann, MdB:

Sebastian Hartmann (SPD) ist in Oberhausen geboren und 44 Jahre alt. 1993 trat er in die SPD ein und ist seitdem kommunalpolitisch aktiv. Seit 2013 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages für den Rhein-Sieg-Kreis. Hier ist er seit 2015 Mitglied im Innenausschuss und seit 2021 innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Auf kommunaler Ebene ist er seit 2005 Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg. Von Juni 2018 bis März 2020 war er Landesvorsitzender der NRWSPD. 21 Jahre lang – von 1999 bis 2020 – war Sebastian Hartmann Mitglied des Kreistags im Rhein-Sieg-Kreis, von 2007 bis 2014 als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, von 2014 bis 2018 als stellvertretender Landrat.



Muster aus Kommunikationsmängeln und Überforderung wiederholen sich. Wir müssen in der Lage sein, dass die Bürger:innen darüber befinden können, wie ernst eine Situation ist und welche Mittel zu ergreifen sind. Das „härteste Corona-Regime“ liefe paradoxerweise im demokratischen Rechtsstaat ins Leere, wenn sich weite Teile verweigern oder gar in zivilen Ungehorsam üben und die Maßnahmen vorsätzlich unterlaufen würden. Betrachten wir das Wechselspiel Staat und Bürger genauer: Der „Staat“ regelt für den Bürger, mit dem Bürger und durch den Bürger. Das ist wiederum die Definition von Demokratie, wie sie Abraham Lincoln formuliert: „die Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk“.

Der Lösungsansatz ist also vielschichtig. Es braucht einen starken und leistungsfähigen Staat, um Krisen zu bewältigen und künftig besser vorbereitet zu sein oder sie gar zu vermeiden. Dies ist der erste Teil. In der Wechselwirkung zwischen Staat und Bürger:innen müssen wir für eine klarere Kommunikation sorgen, um das Ver-

trauen der Menschen aufrechtzuerhalten. Dazu gehört auch, Falschinformationen – etwa durch Social Bots – als eine der größten Gefahren unserer Demokratie entschieden zu bekämpfen, um Verunsicherung in der Bevölkerung vorzubeugen. Nur so halten wir die Gesellschaft zusammen und stärken das Vertrauen. Dies ist der zweite Teil.

Die Gesellschaft ist weit weniger gespalten als uns Coronaleugner:innen und manche Medien glauben machen wollen. Die überwiegende und schweigende Mehrheit verhält sich in dieser Pandemie solidarisch. Aber die Gesellschaft ist weit mehr gespalten als es der stillen Übereinkunft zwischen Bürger:in und Staat gut tut. Darin liegt zugleich ein weiterer – und vielleicht sogar der wichtigste – Lösungsansatz: Die Sache geht uns alle an. Es ist unsere Republik und es sind unsere Entscheidungen. Die Revitalisierung unserer Demokratie und das Pflegen des demokratischen Streits um den besten Weg – bei allen Unterschieden – wird wirksam der Spaltung der Gesellschaft vorbeugen.

Die Rathaus-Frage

Königswinter hat (k)ein Rathaus? Das stimmt, es gibt nämlich mindestens drei: in der Altstadt, in Oberpleis und in Thomasberg. Daneben finden wir noch den Bauhof in Oberpleis, das Jugendamt in der Schützenstraße und das Sozialamt in der Drachenfelsstraße, so dass die städtische Verwaltung damit recht breit über das Stadtgebiet verstreut ist. Nun könnte man das als ziemlich bürgerfreundlich bezeichnen, haben doch die Bürger:innen und Bürger unserer Stadt damit zum Teil kurze Wege, um ihre Anliegen an die städtische Verwaltung zu bringen. Wäre da nicht die Konsequenz, dass man mit zwei Begehren möglicherweise weite Strecken zwischen den Standorten zurücklegen muss.

Alle Standorte kennzeichnet, dass vielfältige Doppel-/Dreifach-Kosten aus der Zerstückelung erwachsen. Nach der Entscheidung des Stadtrates gegen ein zentrales Rathaus vor über 10 Jahren wurde zwar das nötigste zum Erhalt der Gebäude getan. Faktisch wurde eine grundlegende Sanierung allerdings vor sich hergeschoben. Damit verbunden ist eine unzuverlässige Netzanbindung, die die Digitalisierung hemmt. Die Gebäude entsprechen keiner moderner Energie-Effizienzen und verstoßen damit klar gegen die Klimaziele der Stadt Königswinter. Hinzu kommt ein permanenter Platzmangel, der zu teilweise schwierigen Arbeitsbedingungen für städtische Mitarbeiter führt.

Hier Abhilfe zu schaffen und gemeinsam mit der Verwaltung ein modernes und effizientes Arbeitsumfeld zu schaffen, dazu hat sich die Koalition aus KöWi, SPD und GRÜNEN nach der Kommunalwahl in einer Arbeitsgruppe zusammengefunden, um unter den Kriterien:

- Beitrag zum Klimaschutz
- Zukunftsfähiges Arbeiten
- Wirtschaftlichkeit
- Kundenfreundlichkeit
- Gute Erreichbarkeit

- Städtebauliche Veränderung zu einer Lösung für die Rathausfrage zu kommen.

Hierbei stehen als sinnfällige Alternativen an

- Ein zentraler Standort mit einem Neubau
- Eine Konsolidierung auf zwei Standorte mit einer baulichen Sanierung und Erweiterung
- Eine umfassende Sanierung und bauliche Veränderungen an den bisherigen Standorten.

Damit muss eine Anpassung in eine zukunftsfähige Arbeitswelt einhergehen, sprich die Nutzung moderner digitaler Techniken und Prozesse (z.B. Reduktion der Registratur von heute 2,5 km Aktenschränken). Auch die Einführung von „shared desks“, - mehrere Kolleginnen und Kollegen teilen sich dabei einen Schreibtisch - wird in der zukünftigen städtischen Verwaltung kein Fremdwort mehr sein.

Die Arbeitsgruppe will in diesem Jahr ein erstes Ergebnis für den Rat und die Bürgerschaft erarbeiten – doch auch hier gilt: Das Ergebnis soll langfristig Bestand haben und damit wohl durchdacht.



Dr. Karl Schwerdtfeger

Sachkundiger Bürger im Rechnungsprüfungsausschuss

Verein für Geburtshilfe und Familiengesundheit

Nach dem Schock über die plötzliche Schließung der bei Frauen in der Region sehr beliebten Geburtsstation im Krankenhaus Bad Honnef zu Beginn des letzten Jahres hat sich eine Gruppe interessierter Eltern, Hebammen und Kommunalpolitikerinnen zusammengefunden, um über neue Wege für eine wohnortnahe Geburtshilfe nachzudenken. Schnell entstand die Idee, ähnlich wie in Bonn ein Hebammengeleitetes Geburtshaus zu gründen. Im Sommer 2021 wurde zu diesem Zweck der gemeinnützige Verein für Geburtshilfe und Familiengesundheit e.V. gegründet (VR 3821 beim Amtsgericht Siegburg). Ein Geburtshaus ist kein „Ersatz“ für eine Geburtsstation, doch kann es eine wohnortnahe Alternative bieten. Nicole Luhmer, Hebamme und Vereinsmitglied, erklärt dazu: „Die Geburt eines Kindes ist ein natürlicher Prozess im Leben einer Frau, der vor allen Dingen Zeit, Ruhe und Intimität braucht. Ich wünsche mir, dass wir in unserem Geburtshaus eine geborgene Atmosphäre schaffen, in der Frauen aus eigener Kraft ihre Kinder zur Welt bringen können.“ – Die politischen Gremien in Bad Honnef und in Königswinter haben das „Projekt Geburtshaus“ von Anfang an sehr wohlwollend begleitet. 2021 sind von beiden Stadträten jeweils 10.000 Euro zur Unterstützung der Kommunikation und Vernetzung in der Region bewilligt worden. Der Verein ist dafür sehr dankbar und möchte gern möglichst bald an den Start gehen. Es hat sich eine Gruppe überaus motivierter Hebammen gefunden, die den Betrieb eines Geburtshauses aufbauen möchten. Der Verein freut sich über weitere Mitglieder und Unterstützer:innen – nicht zuletzt bei der Suche nach einer geeigneten Immobilie. Es

werden für Geburtsräume, Besprechungszimmer und Kursraum rund 200 qm benötigt. Die Immobilie sollte über eine gute Anbindung an die B42 und Parkplätze verfügen.

Am 29.04. veranstaltet der Verein im Bürgerhaus Aegidienberg eine bunte Baby- und Familienmesse und stellt sein Konzept für ein Geburtshaus vor. Bei einer Podiumsdiskussion sollen die hiesigen Landtagskandidat:innen zur Zukunft der Geburtshilfe in unserem Land Rede und Antwort stehen.

Weitere Informationen unter:

info@geburtshilfe-und-familiengesundheit.de oder
www.geburtshilfe-und-familiengesundheit.de



Prof. Dr. Katja Stoppenbrink

Sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Stadtentwicklung,
Umwelt- und Klimaschutz

SPD Königswinter lädt ein zum Frühlingsfest mit Martin Schulz

Nachdem sie coronabedingt wie viele andere lange Zeit auf Präsenzveranstaltungen verzichten oder wie zuletzt ihren Neujahrsempfang kurzfristig wieder absagen musste, möchte die Königswinterer SPD nun wieder, unter die Menschen gehen. Gut zwei Wochen vor der Landtagswahl lädt sie am 30. April ab 11 Uhr zu Currywurst und Kaltgetränken auf den Königswinterer Marktplatz ein.

Auch ‚Politprominenz‘ hat sich für diesen Tag angekündigt. In lockerem Format, das genügend Raum für den persönlichen Austausch bieten wird, sprechen die Landtags-Kandidatin für Königswinter, Dr. Charlotte Echterhoff, der Bürgermeister der Stadt, Lutz Wagner, sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete des Kreises, Sebastian Hartmann, zu und mit den interessierten Gästen. Höhepunkt der zweistündigen Veranstaltung wird dann gegen Mittag der Besuch des ehemaligen EU-Parla-

mentspräsidenten, SPD-Vorsitzenden und jetzigen Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Martin Schulz, sein.

Ein Kinderprogramm mit Hüpfburg und Spieleangeboten für die Kids rundet die Planung ab.

Herzlich eingeladen sind alle kleinen und großen Königswinterer Bürgerinnen und Bürger!

Ort: Marktplatz Altstadt Königswinter

Zeit: Samstag, 30.04.22, 11h - 13h

